

SPIEGEL *Titel*

„Kein Zentimeter wird zurückmarschiert“

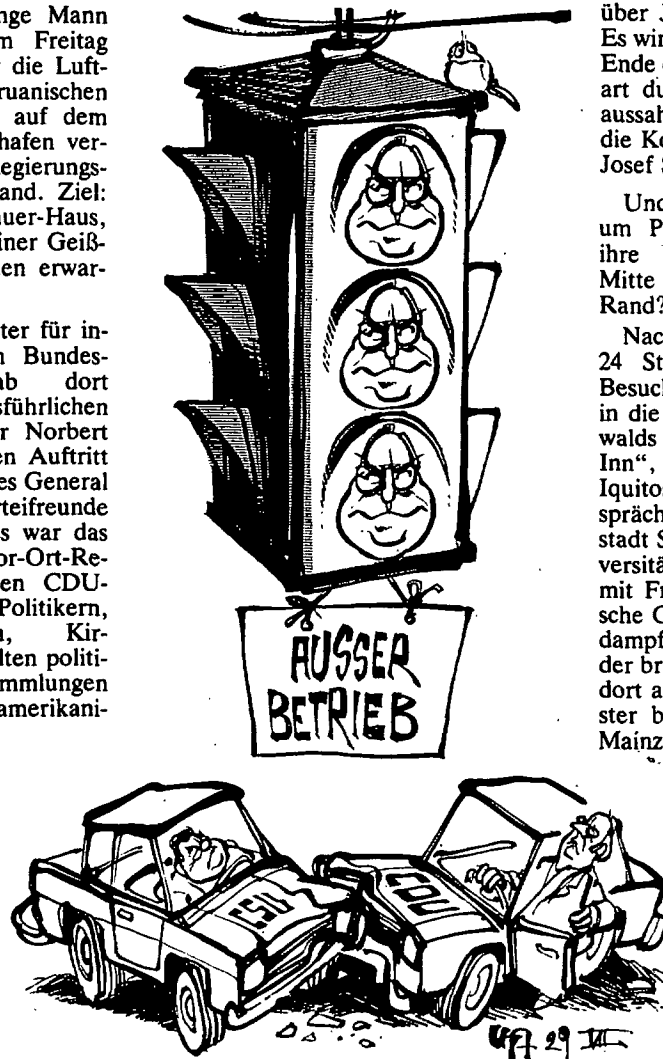
Die Reise des CDU-Arbeitsministers Norbert Blüm nach Südamerika hat CDU und CSU an den Rand der Spaltung gebracht. Die Christsozialen beschuldigen den CDU-Vize, gegen Kabinettsbeschlüsse zu verstoßen, und verbergen hinter formaler Kritik Grundsätzliches: Ihnen

paßt die ganze Richtung nicht, die CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Blüm Ihrer Partei geben wollen. CSU-Chef Strauß fürchtet, rechte Wähler zu verlieren, wenn sich die Union nach links profillert. Kanzler Helmut Kohl taktiert in der Mitte – und wartet ab.

Brisante Post trug der junge Mann im Handgepäck, der am Freitag letzter Woche um 10.51 Uhr die Luft-hansa-Boeing, aus der peruanischen Hauptstadt Lima kommend, auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen verließ und sofort mit einer Regierungslimousine gen Bonn entschwand. Ziel: das Bonner Konrad-Adenauer-Haus, wo CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den Kurier aus den Anden erwartete.

Peter Clever, Abteilungsleiter für internationale Beziehungen im Bundesarbeitsministerium, übergab dort wenig später den ersten ausführlichen Bericht, den sein Dienstherr Norbert Blüm nach dem spektakulären Auftritt in Chile, der Militärdiktatur des General Augusto Pinochet, für die Parteifreunde daheim geschrieben hatte. Es war das Protokoll von viertägigen Vor-Ort-Recherchen des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Blüm bei Politikern, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Anwälten und Verwandten politischer Gefangener, auf Versammlungen und in Gefängnissen des südamerikanischen Unrechtsstaats.

Menschenrechtsverletzungen und Folter in Pinochets Chile nachzuweisen, vor allem an jenen 14 chilenischen Todeskandidaten, um deren Aufnahme in die Bundesrepublik seit Wochen in Bonn gestritten wird – das war das Reisetema des kleinen Norbert mit der großen Klappe. Es erregte in der vorigen Woche die Bundesbürger ähnlich nachhaltig wie Boris Beckers Davis-cup-Sieg



„Schon wieder!“

über John McEnroe und Tim Mayotte. Es wirbelte, via TV-Satellit vom anderen Ende der Welt, die Koalitionsmeute derart durcheinander, daß es zuweilen so aussah, als platze mitten im Sommerloch die Koalition aus CDU, FDP und Franz Josef Strauß.

Und, natürlich, ging es wieder mal um Prinzipielles: Wie soll die Union ihre Wähler werben – in Geißlers Mitte oder an Straußens rechtem Rand?

Nach vier Tagen Chile und einem auf 24 Stunden geschrumpften offiziellen Besuch in Lima war Blüm letzte Woche in die Einsamkeit des peruanischen Urwalds geflohen. Im „Amazonas Jungle Inn“, drei Bootstunden von der Stadt Iquitos entfernt, protokollierte er Gespräche und Erlebnisse in der Hauptstadt Santiago und in der südlichen Universitätsstadt Valdivia. Dann bestieg er mit Frau Marita, die zuvor auch politische Gefangene betreut hatte, den Flußdampfer „Río Amazonas“ in Richtung der brasilianischen Stadt Tabatingo. Von dort aus wollte er einen deutschen Priester besuchen, den er als Schüler des Mainzer Abendgymnasiums kennengelernt hatte und der sich heute um Indianer im brasilianischen Urwald kümmert.

Blüm in Chile – es war der Auftritt eines deutschen Politikers, der den Streit mit der Militärdiktatur bewußt gesucht und gefunden hat. Es war sozusagen Zoff mit Vorankündigung. Im SPIEGEL-Gespräch (SPIEGEL 29/1987) hatte Blüm bereits das chilenische Folter-Regime „aus rechtsstaatlichem Verkehr“ ausgegrenzt und Pinochets Schergen

tz, München



Chile-Reisender Blüm, Diktatur-Opfer Carmen Gloria Quintana, Diktator Pinochet: „Was habt ihr in Stammheim gemacht?“

das Recht abgesprochen, glaubwürdige Beweise gegen angebliche Regimegegner erbringen zu können.

Was Blüm darüber hinaus zu sagen hatte, brachte er direkt vor – dort, wo der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß bei seinem Besuch 1977 Höflichkeiten und Freundlichkeiten („Ich habe keine Zweifel, daß Chile ein demokratisches und freies Land ist“) ausgetauscht hatte: beim Juntachef Pinochet persönlich. Nach dem einstündigen Schlagabtausch im Präsidentenpalast La Moneda, wo der letzte gewählte Staatschef, der Sozialist Salvador Allende, 1973 von Pinochets Putschisten ermordet worden war, gab sich Norbert Blüm zufrieden: „So hat mit dem wahrscheinlich noch nie einer gesprochen.“

Schon am ersten Tag seiner Chile-Visite hatte Blüm überraschend eine Einladung zu Pinochet erhalten und sofort zugesagt: „Ich mußte da nicht lange überlegen, ich habe keine Berührungsängste.“ An der Seite eines chilenischen Adjutanten und begleitet vom Bonner Botschafter Horst Kullak-Ublick, der seine Sympathien für das rechte Regime selten verbirgt, marschierte Norbert Blüm auf kurzen Beinen den langen Weg zum General. Dort beginnt das Gespräch im Licht Dutzender von TV-Lampen mit Shakehands zwischen Diktator und Demokrat.

Danach artet die Unterredung rasch zum Duell zweier Gegner aus, die nichts miteinander gemein haben – vergleichbar allenfalls jenem heftigen Disput, den im Vorjahr Willy Brandt mit dem südafrikanischen Premier Pieter Willem Botha führte.

Ohne diplomatische Floskeln und ohne jene Späßchen, die ihn in Bonn gelegentlich als Tünnes der Nation erscheinen lassen, bietet Blüm an:

Herr Präsident, ich komme als Freund des chilenischen Volkes. Ich akzeptiere das

Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Dieses Prinzip hat jedoch eine schwerwiegende Ausnahme, das sind die Menschenrechte. Hier gilt Einmischung als Gebot. Deshalb, Herr Präsident, machen Sie Schluß mit der Folter.

Überrascht, ein wenig ungläubig, so, als habe er nicht richtig verstanden, zögert Pinochet mit der Antwort: „Ausgerechnet ihr Deutschen, ihr habt doch so viel angerichtet.“ Blüm pflichtet bei: „Ganz Schlimmes, Herr Präsident, das nie wieder passieren darf.“ Und wird gleich forsch: „Das gibt mir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit dazu beizutragen, daß auf der Erde die Menschenrechte gewahrt werden können. Das ist meine Form der Wiedergutmachung.“

Dann berichtet er seinem Gegenüber von den Gesprächen mit Verwandten und Anwälten von Gefangenen, mit der unabhängigen Menschenrechtskommis-

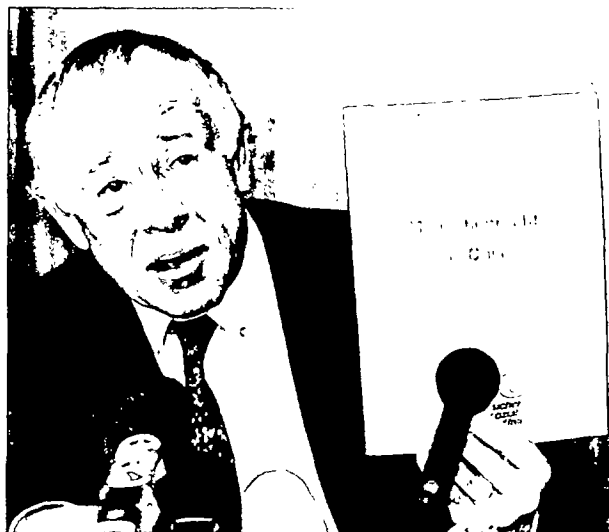
sion, kirchlichen und politischen Gruppen: „Ich habe keinen gefunden, der die Folter bezweifelt.“ Und er habe erschrocken gehört, zu „welch abstrusen Phantasien der Grausamkeit“ Pinochets Helfer fähig seien, beispielsweise „auf Körpern von Kindern Zigaretten auszu-drücken, damit deren Schreie die Mütter gefügig machen“.

Stur bestreitet der General die Foltervorwürfe: Lügen, die sämtlich von „Kommunisten“ stammten. Und dann die Gegenfrage: „Was habt ihr in Stammheim gemacht?“

Daß ein rechter Diktator Argumente deutscher Linker übernimmt und nach den Haftbedingungen von RAF-Häftlingen fragt, damit hat Blüm nicht gerechnet: „Herr Präsident, wir wechseln die Stühle. Sie untersuchen Stammheim und ich Chile. Ich verspreche Ihnen, Sie werden in Deutschland ungehindert untersuchen können.“

Und dann, leiser: „Ich will Ihnen ins Gewissen reden, auch Sie werden vor Gott einmal Rechenschaft ablegen müssen über das, was Sie getan haben.“

Da dreht sich Pinochet um, deutet auf ein rechts hinter ihm stehendes Kreuz und die davor aufgeschlagene Bibel: „Ich bin ein gläubiger Christ und bete jeden Tag. Der Kommunismus muß bekämpft werden.“ Blüm gibt zurück, Menschenwürde sei „unabhängig von Ideologien und Systemen“. Er glaube jener Studentin Carmen



CDU-Generalsekretär Geißler
„Bayern in schwacher Position“

Gloria Quintana, die im Vorjahr mit einem – an den Folgen der Mißhandlung gestorbenen – Begleiter von Pinochet-Soldaten mit Gewehrkolben zusammengeschlagen, angezündet und außerhalb der Stadt schwer verletzt ausgesetzt worden sei (siehe Seite 27). Pinochet erwidert, das Mädchen habe sich selbst in Flammen gesetzt. Blüm will wissen, wieso der angeklagte Soldat während der Hauptverhandlung militärisch befördert wurde.

Blüm verlangt Aufklärung über „die Morde“ an zwölf Chilenen, die nach offizieller Version bei bewaffneten Auseinandersetzungen umgekommen sein sollen. Nach Recherchen der unabhängigen Menschenrechtskommission wurden in einem Haus sieben Erschossene, aber ohne Schießspuren gefunden. Ein anderer Chilene sei von einem Auto aus getötet worden, ohne selbst eine Waffe getragen zu haben. Blüm: „Ohne Waffen kann man weder schießen noch zurückschießen, Herr Präsident.“ Der wiederholt: „Alles Kommunisten, die so etwas behaupten.“ Und überreicht dem Gast zwei Bücher: Eines, in spanischer Sprache, stammt von Blüms früherem Fraktionskollegen, dem CSU-Ultra Hans Graf Huyn; das andere, ins Deutsche übersetzt, ist ein Werk des Augusto

„Hitlers Fehler: Er hat nicht gewonnen“

Pinochet, mit Widmung: „Herzlichst, dem Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm von Autor Pinochet.“ Beide Schriften handeln von kommunistischer Bedrohung und ihrer Bekämpfung.

Als Blüm dem Präsidenten eine Liste der Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International mit den Namen politischer Häftlinge übergeben will, verweist ihn der Gastgeber an Außenminister Ricardo García. Als Blüm das Schicksal der deutschen Lehrerin Beatriz Brinkmann anspricht, deren Entlassung aus einem Gefängnis in Valdivia dem Bonner Kollegen Hans-Dietrich Genscher versprochen worden war („Wo bleibt die Einlösung? Wer eine Zusage gibt, hat die Bringschuld. Das gehört zum staatlichen Ehrenkodex“), ruft Pinochet einen weiteren Deutschen in den Zeugenstand, den höchstdekorierten Kampfflieger des Zweiten Weltkrieges, den inzwischen verstorbenen Alt- und Neu-Nazi Hans-Ulrich Rudel.

Der Diktator: „Mein Freund Rudel hat mir immer gesagt: ‚Hitler hat nur einen Fehler gemacht, nämlich, daß er den Krieg nicht gewonnen hat.‘“

Blüm: „Sechs Millionen Juden.“

Pinochet: „Vier Millionen.“

Blüm: „Einer wäre schon zuviel.“

Etwas pathetisch und unvermittelt hebt der Deutsche zum Schlußwort an:

Herr Präsident, ich sitze mit großer Gelassenheit vor Ihnen, weil ich sicher bin, die Demokratie wird sich durchsetzen. Den

Menschen kann man die Sehnsucht nach Freiheit nicht rauben, auch nicht mit Gewalt.

Demokratie muß Umwege gehen, Rückschläge erleiden, aber sie kommt. Philippinen, Südkorea sind ihre jüngsten Etappen, und auch in Chile wird sie sich nicht zurückhalten lassen. Es ist nur eine Frage der Zeit, und ich hoffe und bete, daß dem chilenischen Volk Blutvergießen erspart bleibt.

Beide erheben sich. Pinochet bringt den Deutschen vor die Tür. Wieder ein Händedruck, diesmal kurz.

Nach der Begegnung im Präsidentenpalast verstärkte Blüm in zahllosen Statements – und entgegen der Aufforderung Kanzler Kohls, Ruhe zu geben – seine Kampagne für die Aufnahme der 14 Häftlinge, denen in der Bundesrepu-

lung des Mir-Terrors getrennt wissen will (siehe Kasten Seite 28).

Außenminister García ließ dem Bonner Gast aus einem neun Seiten langen Papier, das die Chilenen am selben Tag auch im Bonner Außenamt vorlegten, die angeblichen Verbrechen der vierzehn vorlesen. Blüm blieb kühl:

Sie haben jetzt 40 Minuten lang viele Worte gemacht, aber keines zu meinen Vorwürfen. Mein Thema ist: Unter welchen Bedingungen sind die Geständnisse zustande gekommen? Das ist der Fluch der bösen Tat; wer foltert, kann keine Beweise vorbringen.

Sein Veto legte Blüm auch gegen den in Santiago von Außenminister García, in Bonn von Innenminister Zimmermann erhobenen Vorwurf ein, ihn inter-



Chile-Reisender Strauß (r.), Ehepaar Pinochet 1977: „Ein demokratisches Land“

blik Asyl gewährt werden müsse, um sie vor einer Hinrichtung zu bewahren. Mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler war er sich schon vor der Abreise einig: Deren Geständnisse, kriminelle Handlungen einschließlich Mord begangen zu haben, seien unter Zwang zustande gekommen, also ohne Beweiskraft. Schon vor seiner Abreise hatte der CDU-Vize, allen Einreden von CSU-Innenminister Zimmermann zum Trotz, daraus die Konsequenz gezogen: Dem Antrag der unabhängigen Menschenrechtskommission, den 14 Chilenen Asyl zu gewähren, müsse stattgegeben werden.

Blüm hält es für unerheblich, daß es sich um Angehörige der linken Untergrundorganisation Mir handele, und ist darin mit Heiner Geißler einig, der die „humanitäre Aufgabe des Rechtsstaates, politische Gefangene vor der Todesstrafe zu bewahren“, strikt von der Verurtei-

essierten nur 14 Kriminelle, nicht aber deren Opfer samt Angehörigen. Er stehe „auf der Seite aller Opfer“, betonte Blüm, und seine „Verachtung für Terror und Gewalt“ gebe er „uneingeschränkt und öffentlich zu Protokoll“.

Heftig aneinandergerieten die beiden Minister über den Stellenwert einer Dokumentation der Menschenrechtskommission über die zwölf Morde an Chilenen. García argumentierte, die Beweise solle gefälligst ein Anwalt im Verfahren einbringen. Das brachte Blüm auf: García offenbare ein „merkwürdiges Rechtsstaatsbewußtsein“. Diese Dokumente gehörten ja wohl zum Repertoire eines Staatsanwaltes, der von sich aus gegen die Mörder vorgehen müsse.

Blüms Einwände und Entgegnungen wurden von seinem Begleiter, dem deutschen Botschafter Kullak-Ublick, nach

Wir Bayern oder „Mir san mir“

Das Gekrache in Bonn geht, fast überflüssig, das noch zu sagen, nur vordergründig um die 14 Chilenen. Es hat einen Hintergrund, der durch die überlebensgroße Figur des Herrn Strauß an die dreißig Jahre lang verdeckt worden ist.

Es geht, und zum guten Ende des Bayernherzogs wird man das wohl sagen dürfen, um Bayern, um die katholische Staatspartei CSU, um den einzigen gewachsenen Staat der Bundesrepublik, um einen Freistaat dieses Landes, der *nicht* zufällig dem Grundgesetz von 1949 nicht zugestimmt hat, und dessen Volksvertreter Geldzahlungsabkommen („Wiedergutmachung“ wäre ja geprahlt) mit Israel nicht glaubten zustimmen zu können – Strauß eben auch nicht.

Als er Verteidigungsminister wurde, Ende 1956 mit positivem SPIEGEL-Artikel, oder als er, ohne Lobrede aus Hamburg, 1961 den Vorsitz seiner auf Bayern beschränkten Partei übernahm – bei einer dieser beiden Gelegenheiten hat ein von mir geschätzter angelsächsischer Kollege, dessen Namen ich trotz der Vorzüglichkeit des SPIEGEL-Archivs in der allzu kurzen Zeit nicht herausfinden konnte, folgenden Gedankengang entwickelt:

An die Spitze getragen habe ihn, den Strauß, außer seiner offensichtlichen politischen Begabung die Tatsache, daß er die Bayern, besonders die Altbayern, personifiziere. Eben dieser Vorteil aber werde ihn benachteiligen, wenn er, wie man schon damals unterstellen mußte, um jeden Preis Kanzler werden wolle. Dann werde ihm Altbayern „wie ein Mühlstein am Halse hängen“.

Da ist ja was dran. Vor wenigen Jahren habe ich gelesen, zwischen dem Norden, personifiziert durch Augstein, und dem Süden, personifiziert durch Strauß, herrsche ein permanentes Mißverständnis.

Sei dem so, oder auch nicht: Neuerdings wissen wir, daß Bayern auch ohne Strauß ein Staat sui generis sein wird, auch ohne diese populistische Riesenfigur ein südlich-barocker, ein katholischer Freistaat. Seine Repräsentanten hatten sich durch dreißig Jahre Krieg die Kurwürde und durch Kollaboration mit dem großen Napoleon die Königswürde errungen, beziehungsweise erschlichen.

Im Freistaat sind 75 Prozent der eingeschriebenen Christen Katholi-

ken, nur 25 Prozent, trotz des Zuzugs der Sudetendeutschen, Protestanten. Die auf Ewigkeit ausgelegte Mehrheitspartei, wie es sie in keinem anderen Bundesland gibt, wird sich auch unter den „Zwergen“, die Straußens Nachfolger werden, absolut behaupten.

Anders als in allen anderen Bundesländern *muß* der Ministerpräsident ja unbedingt einer bestimmten Konfession, der katholischen natürlich, angehören. Geschieden darf er, allenfalls, sein; eine Geschiedene auch heiraten. Aber damit hat es sich. Eher wird ein Schwarzer in Washington Präsident als ein Nicht-Schwarzer Chef in München.

Da unterscheidet sich eben Bayern nicht nur von den Ländern der Norddeutschen Tiefebene, sondern von dem Rest der Republik. Es geht bei den 14 Chilenen nicht um deren Ein- oder Abweisung. Es geht um die Zukunft der Union, wie die „Rheinische Post“, man möchte meinen richtig, schreibt.

Es geht darum, ob sie eine Formation der linken Mitte sein will, was ich, obwohl eingeschworener CDU-Gegner, dennoch „begrüßen“ würde; oder ob sie sich der klassisch reaktionären, der katholischen Altbayern-Partei CSU zuneigen will, nur aus dem einen Grund, die Neonazis könnten deren eherne absolute Mehrheit im Freistaat gefährden.

Hier offenbart sich Politik, wie sie in Wahrheit ist, zwiespältig nämlich. Soll man die alten und die neuen Nazis hofieren, nur um die ewige absolute Mehrheit in einer Teilregion zu erhalten, indem man den rechten Rand „absorbiert“? Welchen Preis muß man dafür bezahlen, und kann man ihn der schließlich ungleich größeren CDU zumuten?

Man sollte meinen, nein. Der Preis könnte in jedem Falle zu hoch sein, weil wir „links“ integer sind, „rechts“ aber nicht mehr wären. Wir haben am Falle des „Auschwitz-Professors“ Ernst Nolte gesehen, wie man einen im Grunde diskutablen Ansatz durch inkommensurable Argumentation für Generationen vernichten kann.

Strauß war solch ein Integrierer und Absorbierer, reaktionär und gleichwohl rein technisch progressiv. Die Stoibers und Tandler können das nicht. Sie *müssen* bayrische Reaktionen sein und bleiben.



Blüm-Kritiker Zimmermann, Klein: Beschwerde

Bonn nicht weitergemeldet. Er berichtete nur, wie „detailliert“ García „zum Fall der 14 – aus der Sicht der Junta“ informiert habe. Auch im Gespräch Blüms mit Beatriz Brinkmann schnitt die Bonner Botschaft in Santiago schlecht ab. Die Lehrerin berichtete dem Minister, sie habe aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen die Wahrheit über Torturen durch die Geheimpolizei ihren Eltern, aber auch der Botschaft verheimlicht.

Geißler, der schon im Vorjahr mit der deutschen Vertretung in Chile aneinandergeraten war, weil sich der damalige Militärattaché Hans-Jürgen Müller-Borchert von der Junta einen Orden hatte

„Ein von Sozialisten verursachtes Chaos in Chile“

verleihen lassen: „Ich kann schon verstehen, daß eine Gefangene des chilenischen Militärs Angehörigen einer solchen Botschaft mißtraut hat.“

Als Norbert Blüm am vorigen Montag Chile verließ, fand der Präsident der chilenischen Christdemokraten, Gabriel Valdés, nur Superlative für den kleinen Mann mit der runden Nickelbrille: „Dies war der für Chile und die Christdemokraten erfolgreichste Besuch eines ausländischen Politikers.“

Kein Wunder. Denn auch in der CDU, die jetzt ihren Blüm feiert, stehen und stehen die Menschenrechte nicht immer so hoch im Kurs. Welch augenfälliger Kontrast etwa zum Besuch des Parteichefs und Kanzlers Kohl vorletzter Woche im vom China besetzten Tibet. Der hatte alle lästigen Fragen



beim Kanzler am Wolfgangsee

nach Menschenrechtsverletzungen und Folter auf dem Dach der Welt flapsig abgetan: Dann könne man bald nirgendwohin mehr reisen. Im Königreich Nepal, wo Parteien offiziell verboten sind, unliebsame Politiker verhaftet werden, hielt er es sogar für eine große Ehre, vor dem sogenannten Parlament eine staatsmännische Rede halten zu dürfen ohne jede kritische Anmerkung – das hielt Kohl für „außerordentlich ungewöhnlich“.

Blüm und auch Geißler, der schon 1983 und 1986 bei seinen Besuchen in Santiago mit seinen harten Vorwürfen für Aufsehen sorgte, sind die rühmlichen Ausnahmen. Die beiden waren es auch, die in der jahrelangen Diskussion über die Ächtung der Folter durch eine UN-Konvention den FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher unterstützten. Eine Ratifizierung scheiterte allerdings am Widerstand der CSU.

„Die waren immer an meiner Seite“, lobt Genscher. Den Vorwurf aus München, da werde nur ein taktisches Spiel getrieben, hält der Außenminister für falsch: „Die haben sich nicht plötzlich erst überlegt, was können wir mal anstellen, um die Aufmerksamkeit zu erregen.“

Sonst aber herrschte in der Union eher Schweigen im Walde. Wenn Geißler behauptet, die CDU habe „von Anfang an das Pinochet-Regime abgelehnt“, dichtet er die Vergangenheit um: Unionsgrößen haben jahrelang mit peinlichen Erklärungen die Diktatur gerechtfertigt.

Die Generäle hätten „das Land nur vor dem Bürgerkrieg gerettet“, meinte einer der Geißler-Vorgänger, der einstige CDU-Generalsekretär Bruno Heck, 1973 nach dem Sturz von Salvador Allen-

de. Die Internierung Tausender Chilenen in einem Fußballstadion kommentierte er mit dem epochalen Satz, die Unterbringung der Häftlinge auf dem blanken Zementboden sei zwar ausgesprochen schlecht, die Häftlinge könnten sich aber „den ganzen Tag über im Freien bewegen“, was bei sonnigem Wetter für die Inhaftierten sicher angenehm sei, allerdings sei das Leben der Häftlinge „bei Regen und Kälte unerträglich und scheußlich“.

Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dregger, fand über Jahre hinweg kein Wort der Kritik. Er zeigte sich angetan von den „ökonomischen Erfolgen der strengen marktwirtschaftlichen Politik“ und befand, die „Lage der Menschenrechte“ habe sich „wesentlich gebessert“.

Wenn andere die Verletzung humanitärer Rechte anprangerten, war aus der Union stereotyp zu hören, die Kritiker sollten sich lieber um die Verhältnisse im Ostblock kümmern. Dregger erinnerte dann an den „Todesstreifen durch



Chile-Botschafter Kullak-Ublick
„Teilt die Auffassung des BMI“

Deutschland“ und die „politischen Gefangenen in den Zuchthäusern der DDR“. Erst recht paßt den Rechten die ganze Asyl-Chose nicht: Sie reden von drohender Überfremdung und von einem „Ansturm“, den es nicht mehr gibt (siehe Kasten Seite 24).

Die CSU hat nie ein Hehl daraus gemacht, auf welcher Seite sie bei der Wahl zwischen Allende und Pinochet steht: Die Militärregierung, so Innenminister Friedrich Zimmermann, sei „notwendig geworden“, um Chile „einem von Sozialisten verursachten Chaos unvorstellbaren Ausmaßes zu entreißen“. Ganz im Stil Pinochets pries Strauß 1977 bei seinem Besuch den Umsturz als „gewaltigen Schlag gegen den internationalen Kommunismus“. Es sei „Unsinn,

davon zu reden, daß in Chile gemordet und gefoltert würde“.

Tatsächlich hat SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel recht mit der Klage, jahrelang sei die SPD in ihrer Einschätzung der Lage „völlig allein“ geblieben. Auch in der CDU regte sich kein Protest, als der CSU-Chef den Junta-Anführer „seiner Sympathie versicherte“. Wer sich für die Rettung von Verfolgten verwandte, wurde als Sympathisant von Kommunisten abgekanzelt. Bei den Christen gab's großen Aufschrei, als der damalige SPD-Forschungsminister Hans Matthöfer von einer „Mörderbande“ in Chile redete.

Wenn sich inzwischen CDU-Länder wie Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und auch Hessen an Blüms Kampagne anhängen und ihre Bereitschaft zur Aufnahme der Verfolgten kundtun, so ist auch dies eine neue Entwicklung. Bislang nämlich bereiteten sie die größten Schwierigkeiten. Unter Berufung auf eine Übereinkunft der Innenminister aus dem Jahre 1975 mußten immer wieder Sicherheitsbedenken herhalten, um die Asylgesuche angeblicher Terroristen zu vereiteln. Stets galt die Unterstellung, die Chilenen wollten vom Boden der Bundesrepublik aus nur ihren Kampf fortsetzen.

„Denen war unsere Sicherheitsprüfung zu lasch“, berichtet der damalige Innenstaatssekretär Andreas von Schoe-

„Der deutsche Verbrecher sitzt, der chilenische läuft herum“

ler, „die wollten die Unterlagen haben und stellten dann eigene Prüfungen an.“ Auch damals wurden gelegentlich Asylbegehren abgelehnt, aber „wenn gefoltert wurde, war das immer ein entscheidendes Argument“ (Schoeler).

Über dieser Frage tobt inzwischen erbitterter Streit. Auf offener Bühne befehden sich publikumsträchtig die Schwesterparteien CDU und CSU. Aus München geht es mit vollem Rohr gegen Blüm und Geißler, die Helden im Kampf um die Menschenrechte. Aus der CDU-Kulisse kommen vereinzelt Querschüsse in die gleiche Richtung, etwa von Heinrich Lummer, der mal wieder mit markigen Sprüchen Aufsehen sucht: „Der deutsche Verbrecher sitzt möglicherweise wegen der gleichen Tat hinter Schloß und Riegel, während der aus Chile kommende bei uns frei herumlaufen darf. Dies wäre nicht vertretbar.“

Einen gnadenlosen Fight liefern sich CSU-Innen- und FDP-Außenminister, die für die Aufnahme zuständigen Ressortchefs, über einen Schlagabtausch ihrer Sprecher, die einander unablässig auf Pressekonferenzen widersprechen. Und Zimmermann spielt genüsslich den Bonner Botschafter Kullak-Ublick gegen den Bonner Außenminister aus. Der wieder-



Asylbewerber im Frankfurter Flughafen (1980): „Der Asylantendruck auf die Bundesrepublik hält unvermindert an“

„Die Tür nicht verschließen“

Wie die Bundesrepublik trotz Verfassungsgebots mit Asylbewerbern umspringt

Wir möchten wissen, wie man das Asylrecht verletzen kann, ohne es zu verletzen.

Victor Hugo im „Glöckner von Notre Dame“

Wenn wir uns erinnern, wie rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir vor denen, die heute wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen.“

Ein hoher Anspruch. Eine Sonntagsrede. Eine logische Schlußfolgerung aus dem Grundgesetzartikel 16 „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Oder eine bloße Reminiszenz, da sich doch die Republik längst gegen Asylantenschwemmen stemmt?

Der Satz, den Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 sprach, ist mehr eine Forderung für die Zukunft als die Beschreibung von Wirklichkeit. Längst ist das eigentlich uneingeschränkte Asylangebot der Verfassung ausgehöhlt, eingeeengt durch immer schärfere Verfahrensvorschriften, Kontrollen, Einreisebeschränkungen und Abschreckungsmaßnahmen. Weizäckers Wort kennzeichnet die Wirklichkeit von 1987: Einerseits werden Asylbewerber laut Grundgesetz aufgenommen. Andererseits wird alles unternommen, sie gar nicht erst aufnehmen zu müssen.

Einerseits soll, so Kanzler Kohl, die Bundesrepublik „Heimstatt für politisch, religiös und rassistisch Verfolgte“ bleiben. Und sein Innenminister Friedrich Zim-

mermann berichtet stolz, „kein Land in Europa“ habe „so viele Flüchtlinge aufgenommen wie wir“.

Andererseits betont derselbe Minister – im Regierungs-Bulletin, also amtlich –, die Republik sei „kein Einwanderungsland“, gegen Asylbewerber bestehe „Handlungsbedarf“, eine Grundgesetzänderung sei „unabdingbar“. Als Beleg gab Zimmermann, wieder im Bulletin, noch am 7. Juli aus: „Der Asylantendruck auf die Bundesrepublik Deutschland hält unvermindert an.“

Tatsächlich kann davon keine Rede sein: Der Druck, wenn es ihn denn gibt, hat sich halbiert. Von Januar bis Ende Juni 1987 kamen 22 402 Ausländer um Asyl ein, in den ersten sechs Monaten 1986 waren es 42 290. Übers Jahr 1987 hochgerechnet, erwartet selbst Zimmermanns Staatssekretär Carl-Dieter Spranger, nicht gerade ein liberaler Humanist, allenfalls 60 000 Asylanträge, nach 99 650 im Vorjahr (und 107 818 im bisherigen Rekordjahr 1980).

Das kommt, weil Bund und Länder in den letzten Jahren Schlupflöcher schlossen und immer neue Restriktionen verhängten, dies natürlich auch wegen der immensen Kosten: Seit 1982 mußten vor allem die Gemeinden zwölf Milliarden Mark, im laufenden Jahr 2,8 Milliarden für asylwillige Ausländer aufbringen. Auf Bonns Betreiben sperrte die DDR im letzten Herbst Asylbewerber die Einreise über ihren Flughafen Schönefeld.

Schon was bis jetzt geschah, summiert sich zu einem Gruselkatalog menschl-

chen Umgangs, wie er aus den Heimatländern der Asylanten oder aus Drittwelt-Staaten bekannt ist: Nach den Verschärfungen des Asylverfahrens 1982 und 1986 haben Asylwillige 1987

- ▷ keinen freien Zugang an deutschen Grenzen, für die meisten Nicht-EG-Länder gilt Visumzwang, Visa werden kaum erteilt, Fluggesellschaften mit Bußgeld belegt, wenn sie Asylanten ohne Sichtvermerk befördern;
- ▷ nicht mehr das Recht, Nachfluchtgründe geltend zu machen: Ausländer, die schon in der Bundesrepublik leben und erst hier Aktivitäten gegen ihr Heimatland entfalten, dürfen daraus keinen Asylantrag ableiten;
- ▷ unverzüglich auszureisen, wenn ihr Wunsch „offensichtlich unbegründet“ ist – dazu zählen vor allem wirtschaftliche Gründe; der Rechtsweg gegen derlei Verwaltungsentscheidungen wurde verkürzt;
- ▷ die Republik zu verlassen, wenn ihr Antrag abgelehnt wurde, selbst wenn sie aus Kriegsgebieten kommen;
- ▷ kein freies Aufenthaltsrecht, sondern die Pflicht, in Lagern oder Sammelunterkünften zu wohnen;
- ▷ selbst dann keinen automatischen Anspruch auf Anerkennung, wenn sie in ihrem Heimatland gefoltert wurden; das Bundesverwaltungsgericht hat über Jahre immer restriktivere Urteile gefällt;
- ▷ die Auflage, bis zur Anerkennung keinerlei Arbeit auszuüben; dies Ar-

beitsverbot gilt jetzt für fünf (vorher drei) Jahre.

Der CSU ist das seit langem nicht genug. Sie fordert, daß auch Krieg oder Bürgerkrieg im Herkunftsland einen Asylanspruch nicht begründet; sie verlangt, daß Ausländer (etwa Kurden oder Tamilen) statt dessen in ihrem Heimatland den Wohnort wechseln sollten, um einer Bedrohung zu entgehen; und sie erwartet, daß künftig jene, deren Asylanspruch abgelehnt wurde, quasi automatisch abgeschoben werden.

Außerdem fordern die Christsozialen, Ausländern das Asyl zu versagen, wenn sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) attackieren, Menschenrechte mißachten oder sich durch verwerfliche politische Betätigung als „asylunwürdig“ erweisen.

Wer wie solche schwammigen Bestimmungen kontrolliert, hat ausgerechnet die sozialliberale Koalition des SPD-Kanzlers Helmut Schmidt – nach dem Sturz des chilenischen Staatspräsidenten Salvador Allende 1973 – der CSU gezeigt. Sie erfand 1975 im Einvernehmen mit der Innenministerkonferenz eine „Sicherheitsüberprüfung im Einzelfall“ für einreisewillige Chilenen; danach hat der Bundesinnenminister das Recht, Asylbegehren von Bewerbern abzulehnen, die die FDGO gefährden oder der Bundesregierung sonstwie nicht passen. Der damalige Bonner Innenminister Werner Maihofer verlangte allerdings, daß jeweils mögliche Sicherheitsrisiken und humanitäre Erwägungen abgewogen werden sollten.

Was die CSU wirklich will, hat der frühere bayrische Innenminister Karl Hillermeier offen dargelegt – ein Asylrecht nur für „Flüchtlinge aus dem osteuropäischen Bereich“; nur daran hätten die Väter der Verfassung gedacht: Flüchtlinge müssen also aus den richtigen, sprich: kommunistischen Ländern kommen und die rechte Gesinnung haben, also keine Wirtschaftsflüchtlinge sein – die will Zimmermann, etwa nach Polen, zurückschicken: Und, so ergänzte er letzte Woche, es dürften „keine Kapitalverbrecher“ sein – wer immer dies beweiskräftig feststellen kann.

Eine Änderung des Grundgesetzartikels 16, wie sie CSU und Teile der CDU seit langem verlangen, würde die Verfassungssillusion der -wirklichkeit anpassen. Freilich hätte ein solcher Antrag im Parlament keine Chance: Heute würden sich SPD, FDP, Christdemokraten des Typs Heiner Geißler oder Norbert Blüm und die Grünen sperren.

Dabei gilt: Den meisten von ihnen ist ganz recht, daß die Realität die Verfassung längst ausgehöhlt hat. Im ersten Halbjahr wurden nur noch 4615 Bewerber als Asylanten anerkannt – das sind nur noch zehn Prozent derer, die darum baten.

um streitet öffentlich oder über seinen Sprecher mit dem ihm unterstellten Diplomaten herum.

Der Botschafter hatte in einem Drahtbericht ganz im Sinne des Bundesinnenministeriums (BMI) gekabelt, ihm seien „bisher keine entlastenden Erkenntnisse bekanntgeworden“. Schlimmer noch: Die Botschaft

teilt die Auffassung des BMI hinsichtlich des kriminellen Charakters der gegen die 14 erhobenen Tatvorwürfe.

Genscher tobte: „Was gibt es Entlastenderes als die Folter?“ In den beiden Ressorts hat sich eine Stimmung ausgebreitet wie in feindlichen Lagern. „Der Minister ist auf dem Kriegspfad“, weiß ein Genscher-Vertrauter.

Wilde Beschuldigungen werden ausgetauscht. Zimmermann etwa verdächtigt

Hauch von Kabinettsdisziplin gilt, ob auf das Wort des Bundeskanzlers Verlaß ist.“

Hinter der Person des Kanzlers, der sich tagelang mit einem „no comment“ aus der Affäre zu ziehen suchte, verbirgt sich das eigentliche Konfliktfeld: Die CSU hat grundlegende Einwände gegen Geißlers Strategie, seine CDU zur Mitte zu öffnen, wie er es in einer Wahlkampfanalyse ankündigte. Der CDU-General möchte seiner Partei ein moderneres Profil verschaffen, sie attraktiver machen für eine neue Mittelstandsklientel – derzeit mit dem „Melodrama“ (Zimmermann) um die Menschenrechte in Chile.

Die CSU fürchtet um liebgewordene Wähler. Zimmermann über Geißler: „Er will das Koordinatensystem nach links



Koalitionspartner Genscher, Kohl: Minister auf dem Kriegspfad

den Außenminister, er enthalte ihm Informationen vor. Aus seinem Haus wird verbreitet, nicht nur der Botschafter, sondern auch AA-Staatssekretär Jürgen Ruhfus liege mit dem Chef im Streit. „Totaler Quatsch“, empört sich Sprecher Jürgen Chrobog. Umgekehrt werfen AA-Beamte dem Innenminister vor, er kollaboriere mit dem chilenischen Geheimdienst gegen die Gefangenen.

Verhüllt, aber vernehmlich haben die Streithähne den Kanzler im Visier: Es geht um dessen Entscheidungsfähigkeit und Verlust der Autorität. Helmut Kohl wird verantwortlich gemacht für das einmalige Gegeneinander in Kabinett, Koalition und Union.

„Es geht darum“, um es mit Straußens „Bayernkurier“ zu sagen, „ob in der Bonner Regierung noch auch nur ein

rücken.“ Der CDU-General habe mit Blüm „ein großes strategisches Spiel inszeniert“. Darüber müsse „bald grundsätzlich geredet werden“.

Im „Bayernkurier“ wettete Gerold Tandler schon vorletzte Woche gegen Geißlers „Schnellschüsse“ und „Fehlschlüsse“. Er mache es vor allem „den Stammwählern schwer, sich mit ihrer Partei noch zu identifizieren“. Nur die FDP könne „Gewinner dieser Strategie“ sein.

Bei den Bayern festigt sich ein langgehegter Verdacht: Den CDU-Strategen komme es gelegen, wenn die Schwesterpartei durch Öffnung der Union zur Mitte Wähler am rechten Rand verliere und, so geschwächt, in Bonn weniger auftrumpfen könne. Die CDU wolle wohl die CSU auf die Rolle einer Provinzpartei, wie jeden beliebigen Landes-

verband, reduzieren, selbst auf die Gefahr, die FDP zum Nutznießer zu machen. Manch einer fürchtet noch Schlimmeres: Geißler strebe als eigentliches Ziel eine „große Koalition zwischen einer rechtsgeläuterten Union und einer linksesäuberten SPD“ an.

Wie tief das Mißtrauen zwischen CDU und CSU bereits sitzt, zeigte der Vordenker der Rechten, Professor Günter Rohrmoser, letzten Freitag: Ausgerechnet in der alternativen „Tageszeitung“ sprach er von einer „Dampfkesselsituation mit ganz explosiven Kräften“. Es sei Geißlers „entscheidender Denkfehler“, wenn er aus der CDU „eine progressiv getönte Nachfolgeorganisation der SPD von Helmut Schmidt“ machen wolle. Dann müßte er auch akzeptieren, daß sich die „dann heimatlos gewordenen Konservativen in einer eigenen politischen Formation organisieren“.

Da sei die CSU vor. Sie will ihre rechte Klientel nicht dadurch verwirren, daß liebgewordene Feindbilder plötzlich nicht mehr genehm sein sollen. Die 14 chilenischen Todeskandidaten sind aus bayrischer Sicht, Unschuldvermutungen hin oder her, „Kriminelle“, „Mörder“, „Gewalttäter“, denen auch ein Wider-

„Keine Chancen mehr auf den Fraktionsvorsitz“

standsrecht gegen die Diktatur nicht zu gebilligt werden könne.

Vielleicht gibt es in Chile gar keine Folter? Zimmermann jedenfalls zweifelt daran, „ob allein auf die Aussagen von Angehörigen und Anwälten Verlaß ist“. Schließlich habe „auch der Vater von Gudrun Ensslin immer gesagt: Sie ist das bravste Kind der Welt“.

Schlußfolgerung: Solange „die belastenden Vorwürfe nicht als widerlegt angesehen werden“, heißt es in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, könne der Innenminister, trotz Folter, die Aufnahme „nicht verantworten“, weil sonst „Sicherheitsvorstellungen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt“ wären.

Dem CDU-Generalsekretär sind dagegen „Beweise eines Folterstaates weniger wert als das Papier, auf dem sie geschrieben sind“. Aus CDU-Sicht haben Strauß und die Seinen nur eines im Sinn: den Kanzler zu demontieren. Aber die Bayern, findet Geißler, hätten „eine schwache Position, wenn sie eine große Krise wegen der Menschenrechtsfrage heraufbeschwören würden. Das wäre schon wegen des Widerstandes in der CSU selber nicht durchzuhalten“.

Geißler behielt recht. Nach einer Krisensitzung in München, zu der Strauß vier seiner Minister aus Bonn zitierte und bei der es tatsächlich auch um die Koalitionsfrage ging, blieb nach all den Drohungen nur die Ankündigung: Zimmermann werde am Montag mit dem



CDU-Ideologe Rohrmoser
„Explosive Dampfkesselsituation“

Kanzler telefonieren, um einen Termin für eine persönliche Vorsprache, gemeinsam mit Entwicklungshilfeminister Hans Klein, in dessen österreichischem Urlaubsdomizil am Wolfgangsee zu vereinbaren.

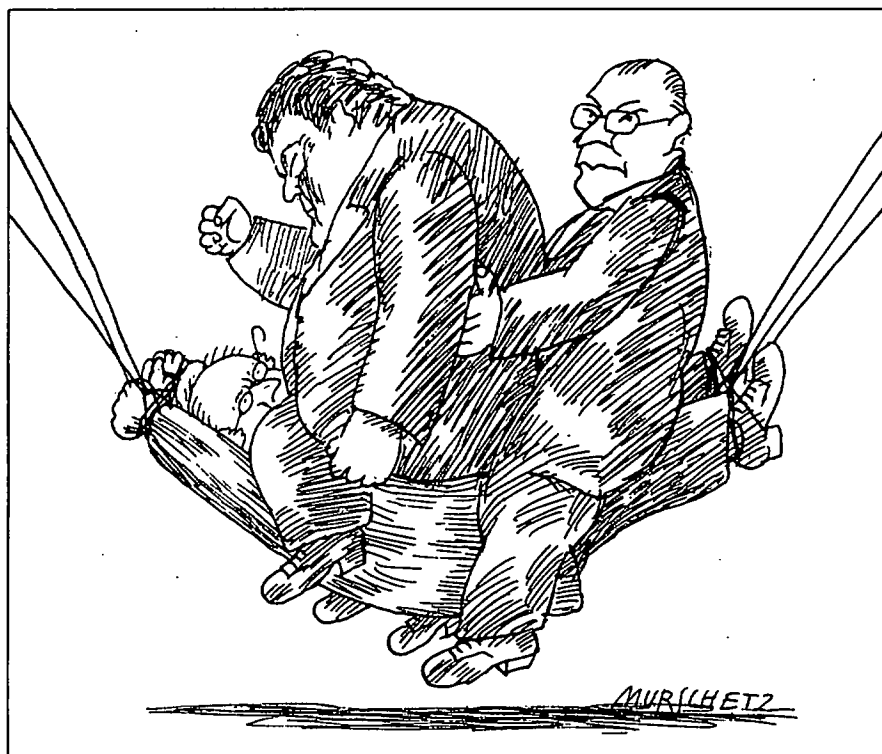
Helmut Kohl suchte letzte Woche unverdrossen den Eindruck zu erwecken, eine Entscheidung sei immer noch nicht gefallen, alle Streithähne hätten recht. So stellten die's auch im Fernsehen dar – er sei über Kohl sehr zufrieden, lobte Zimmermann die Kanzler-Erklärung, die Geißler angefordert hatte.

In einer gemeinsamen Sondersitzung werden Innen- und Auswärtiger Ausschuß des Bundestags – die Opposition hätte sonst eine Sondersitzung des Plenums gefordert – das Koalitionsbeben von Chili erörtern, mit Genscher, Zimmermann und Blüm, der deshalb seine Brasilien-Tour abbricht.

Blüm (und mit ihm Genscher) wird bei seiner Meinung bleiben müssen, daß Folter Folter ist und erzwungene Beweise keine Beweise sind. Dem Arbeitsminister bot der Abstecher die willkommene Chance, sich über sein Fachressort hinaus als Unionspolitiker zu profilieren, der auch im linken Lager Anerkennung finden kann. Der Polit-Profi nutzte die Gunst der Stunde: Keine Fernsehkamera, kein Mikro, keine Telephon-Verbindung nach Deutschland blieb ohne Blüm. In Nordrhein-Westfalen, wo Blüm im Jahre 1990 SPD-Ministerpräsident Johannes Rau ablösen möchte, stöhnten prominente Sozialdemokraten, der Herausforderer habe sich in Chile viel zu gut verkauft.

Die Bonner Ambitionen könnte das Chile-Abenteuer allerdings erschweren. Blüm spekuliert darauf, vielleicht schon bei einer Kabinettsumbildung in der Mitte der Legislatur den abgeschlafften Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger zu beerben. Nun hat der 52jährige bei den Fraktionsrechten und besonders bei der CSU-Landesgruppe altes Mißtrauen bestätigt und bestärkt. Ein Fraktionsinsider: „Weder Blüm noch Geißler haben jetzt noch Chancen auf den Fraktionsvorsitz.“

Dabei kann Blüm wie kaum ein zweiter Unionsmann glaubwürdiges Engage-



Zurück aus Chile

Die Zeit

ment für die Menschenrechte nachweisen. Schon 1971 wurde er ins Ehrenpräsidium von Amnesty International gewählt, ist seit langem neben Erhard Eppler, Günter Graß und Jürgen Habermas Schirmherr der „Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile“.

Den Sozi Matthöfer nahm Blüm nach dessen „Mörderbande“-Angelegenheit in Schutz. In der Amnesty-Schrift „Wer schweigt, wird schuldig“ wurde Blüm 1981 ganz deutlich: Die Formel „Gewalt muß bekämpft werden“ sei

allgemeines moralisches Gesabbel, das nichts bewirkt außer schöne Gefühle bei den Herstellern solcher onanistischer Rhetorik. Mord, Totschlag, Terror und Gewalt begleiten die Menschheitsgeschichte, abstrakte Entrüstung ändert nichts.

Gegen abstrakte Posen hatte Blüm schon immer etwas: 1974 legte er sich in Athen mit der damaligen griechischen Junta an, die den deutschen Linken Günter Wallraff eingesperrt hatte. 1979 provozierte er in Warschau einen Eklat, als er dem ehemaligen polnischen Bonn-Botschafter Waclaw Piatkowski eine Liste mit Namen von Ausreisewilligen aufdrängte. Er besuchte 1980 den DDR-Regimekritiker Robert Havemann in Ost-Berlin. Er legte sich 1983 in Ankara mit der türkischen Regierung wegen Menschenrechtsverletzungen und Folter an. Im Frühjahr 1985 sagte er eine Reise nach Südkorea ab, weil die Regierung in Seoul sich weigerte, einen Besuch bei Oppositionsführer Kim Dae Jung zu garantieren.

Bei den internen Koalitionsgesprächen zwischen CDU und CSU sorgte Blüm im Frühjahr für heftigen Krach mit Strauß, als er die Themen Waffenhandel und Südafrika auf die Tagesordnung zwang. Zugleich setzte er durch, daß eine Absichtserklärung zur Ratifizierung der UN-Anti-Folterkonvention in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Gegen Apartheid, gegen Folter, das waren Stichworte, die der neugewählte NRW-Landesvorsitzende auf dem Essener CDU-Parteitag im Mai besonders betonte.

Und Blüm will weitermachen. Ende September plant er, möglicherweise gemeinsam mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, eine Informationsreise nach Südafrika. Blüm: „Kein Zentimeter wird jetzt zurückmarschiert.“

„Politik der verbrannten Erde“

Das Regime des Diktator-Generals Augusto Pinochet in Chile

Scheiße, jetzt reicht's.“ Militärstaatsanwalt Erwin Blanco verlor die seiner Uniform angemessene Haltung und schlug mit der Faust auf den Tisch. Die von schweren Brandnarben entstellte Schülerin Carmen Gloria Quintana weigerte sich schon wieder, das Gerichtsprotokoll zu unterschreiben.

Längst hätte sie in ihr kanadisches Krankenhaus zurückreisen sollen, um ihre Verletzungen weiterbehandeln zu lassen. Doch trotz Schikanen des Militärtribunals bestand sie darauf, ihren Beitrag zur Wahrheitsfindung zu leisten.

gime betrachtet er grundsätzlich als das Werk des Weltkommunismus und läßt sie an sich abgleiten: „Ich sehe die Sache von oben, weil Gott mich hier hingehsetzt hat“, rechtfertigt er seinen Anspruch auf die absolute Macht.

Das Regime in Chile, seit einer Woche Konfliktstoff der Bonner Koalition, ist eine schwer zu analysierende Mischung von brutaler Repression gegen einzelne und vergleichsweise liberaler Behandlung politischer Gruppen, ausgenommen die Kommunisten und solche, die man dafür hält. Eines aber ist völlig klar: Es



Polzeleinsatz gegen Demonstranten: „Pinochet wird fallen“

„Wie lange wirst du noch lügen?“ fragte Carmen den inzwischen zum Hauptmann beförderten Pedro Fernández Dittus vor Gericht. Der hatte sie und den Photographen Rodrigo Rojas vor einem Jahr mit Benzin übergießen und anzünden lassen. Rodrigo starb, Carmen klagt an: „Die Wahrheit geht weit über das menschlich Vorstellbare hinaus.“

Auch die Folgen des Verbrechens gingen weit über das hinaus, was ein sadistischer junger Offizier sich vorzustellen vermag. Denn Rodrigo Rojas' Familie wohnte in Washington. Deshalb protestierten die USA, und Carmen wurde weltberühmt – sogar der Papst umarmte sie bei seinem Besuch in Chile.

Doch Chiles Diktator Augusto Pinochet nimmt solche Stürme internationaler Entrüstung hin, ohne von seinem Kurs abzuweichen. Angriffe auf sein Re-

gime handelt sich um die Gewaltherrschaft eines einzelnen. Während in Argentinien oder Brasilien die Militärs als Kollektiv regierten, hat Pinochet in Chile das Heer zum Instrument seiner Alleinherrschaft gemacht.

„Chile ist die Verbindung von zwei Diktaturen“, so der Politologe Manuel Antonio Garretón, „einer persönlichen und einer militärischen.“ Der General hat den einst demokratischen Staat abgeschafft und sich die lange wegen ihrer Verfassungstreue bewunderten Streitkräfte angeeignet – in seinem Spiel gibt es neben dem König nur Bauern.

Der Putsch gegen den marxistischen Präsidenten Salvador Allende am 11. September 1973 war noch das Werk eines Kollegiums von Generälen gewesen, die zudem auf die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung zählen